

Beitrag der Freien und Hansestadt Hamburg zur EU-Ostseestrategie

1. September 2008

I. Hamburg unterstützt die Entwicklung einer EU-Strategie für den Ostseeraum

Die Freie und Hansestadt Hamburg ist eines der führenden Zentren im Ostseeraum. Aus jahrhundertealten Handelsbeziehungen mit anderen Ostseeanrainern sind in Wirtschaft, Wissenschaft, Verkehr und Umwelt enge Kooperationen entstanden. Die dynamische Entwicklung des Ostseeraums ist für Hamburg von größter Bedeutung. Als eines der europafreundlichsten Länder Deutschlands begrüßt Hamburg den Beschluss des Europäischen Rates vom 14. Dezember 2007 zur Entwicklung einer EU-Strategie für den Ostseeraum bis Juni 2009. Aus Kenntnis der regionalen politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Verhältnisse im Ostseeraum wird Hamburg hierzu insbesondere im Rahmen des Vorsitzes der Baltic Sea States Subregional Cooperation, BSSSC (2008-2010) einen aktiven Beitrag leisten.

II. EU-Ostseestrategie – ein integrierter Politikansatz

1. Wettbewerbsfähigkeit und Beschäftigung

Aufgrund seiner geographischen Ausdehnung, der geringen Bevölkerungsdichte und der unterschiedlichen Entwicklung der Anrainerstaaten steht der Ostseeraum vor großen wirtschaftlichen Herausforderungen. Sie können nur gemeinsam und im Rahmen der EU bewältigt werden. Zugleich verfügt die Region über eine besondere Dynamik, an der Hamburg großen Anteil hat: 70 % der Konsumgüterimporte für den Ostseeraum werden über Hamburg abgewickelt, der Handel mit Ostseeanrainern macht 10 % des Hamburger Außenhandels (7,7 Mrd. Euro in 2006) aus.

Bei der Steigerung von Wettbewerbsfähigkeit und Beschäftigung im Ostseeraum kommt Metropolregionen wie etwa dem Großraum Hamburg oder der Öresund-Region besondere Bedeutung zu. Der Ostseeraum verfügt über ein traditionsreiches und polyzentrisches Städte-system, das sowohl Standorte für die internationale Dienstleistungs- und Wissensökonomie als auch attraktive Ziele für den Kulturtourismus bietet. Metropolregionen schaffen den geeigneten Rahmen für die Förderung von Wirtschaftssektoren in Clustern und die Entwicklung regionaler Innovationsstrategien. Daher sollte es ein Ziel der Ostseestrategie sein, die Met-

ropolregionen des Ostseeraums als Motoren für Wettbewerbsfähigkeit und Beschäftigung zu stärken und ihre internationale Wahrnehmbarkeit zu verbessern.

Die EU-Ostseestrategie sollte einen Rahmen schaffen, der eine Verbesserung der engen Wirtschaftsbeziehungen insbesondere zwischen den Metropolregionen im Ostseeraum und damit die Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit fördert. Hierzu sollte auch die Subventionierung nationaler Steuersysteme durch EU-Mittel mittelfristig in dem Umfang abgebaut werden, wie die Wirtschaftskraft der EU-Mitgliedstaaten konvergiert. Bereits heute weist der Ostseeraum erfolgreiche Beispiele für wissensbasierte Ökonomien, innovative Arbeitsmarktkonzepte oder dienstleistungsorientierte Wirtschaftsverwaltungen (e-Government) auf, an denen sich die EU-Ostseestrategie orientieren kann und deren Weiterentwicklung von ihr gefördert werden sollte. Das von Hamburg initiierte Netzwerk der Marktüberwachungsbehörden im Ostseeraum – Baltic Sea Network – Product Safety – sollte als Beitrag zur Schaffung gleicher Wettbewerbsbedingungen und zur Umsetzung EU-politischer Ziele des Verbraucherschutzes im Ostseebereich fortgesetzt und weiterentwickelt werden. Das Netzwerk erarbeitet im Rahmen eines durch die EU geförderten Projekts ein „Best Practice Beispiel“ für die Kooperation mit den Zollbehörden und trägt damit dazu bei, Marktüberwachung, Verbraucherschutz und Wettbewerbsbedingungen für die Wirtschaft einheitlich und effektiv zu gestalten.

2. Transport und Verkehr

Die wirtschaftliche Entwicklung hängt maßgeblich von der Verbesserung der Verkehrswege und der Verkehrsanbindung des Ostseeraums ab. Dabei muss die Förderung des ökologisch nachhaltigen Schiffstransports im Vordergrund stehen. Als östlichstem Atlantikhafen und westlichstem Ostseehafen kommt Hamburg dabei die wichtige Funktion des Tors zum Ostseeraum zu. Im See-Containerumschlag des Hamburger Hafens entfielen 2007 ca. 2,7 Mio. TEU (27 % der umgeschlagenen Container) auf die Fahrtgebiete Ostsee und Skandinavien. 5 der 10 wichtigsten Handelspartner des Hamburger Hafens sind Ostseeanrainer.

Die EU-Ostseestrategie muss darauf abzielen, den Gütertransport verstärkt auf das Wasser zu verlagern und eine optimale Nutzung der Häfen als Schnittstellen zwischen den umweltverträglichen Verkehrsträgern Wasser und Schiene zu erreichen. Weitere Vereinfachungen des Güterumschlags wie der geplante „Europäische Seeverkehrsraum ohne Grenzen“ oder die „Motorways of the Seas“ sollten unter den optimalen Wachstumsbedingungen der Ostseeregion entsprechend umgesetzt werden.

Darüber hinaus sind aber auch andere Verkehrsträger für das dauerhafte Zusammenwachsen der Ostseeregion von großer Bedeutung. So ist besonders für die langlaufenden landseitigen Hinterlandverkehre das System Schiene (Netz und Betrieb) weiterzuentwickeln und für eine besonders hohe Qualität der Verbindung zwischen den Metropolregionen zu sorgen.

Bei der Entwicklung sämtlicher Verkehrsstrategien sollte die Einbindung Russlands, aber auch Weißrusslands und der Ukraine eine wesentliche Rolle spielen.

Kommt es durch entsprechende Vereinbarungen zwischen dem Königreich Dänemark und der Bundesrepublik Deutschland zum Bau einer festen Querung über den Fehmarn Belt, wird das europäische Zusammenwachsen durch Verkehrsinfrastruktur im Norden der EU sicherlich noch deutlicher wahrnehmbar sein. Im Hinblick auf die dadurch entstehenden Folgebedarfe in der Verkehrsinfrastruktur muss jedoch gewährleistet werden, dass schon jetzt bestehende Bedarfe der Hinterlandanbindung des Hamburger Hafens auf Straße und Schiene weiterhin mit hoher Dringlichkeit befriedigt werden und die sonstigen Verkehrswege in der Metropolregion die neuen Verkehrsströme von Nord- nach Mitteleuropa aufnehmen können. Priorität muss dabei die Ertüchtigung der Schieneninfrastruktur haben.

3. Europäische Meerpolitik im Ostseeraum

Die Ostsee ist die ökonomische und ökologische Lebensader der Region. Die Umsetzung der europäischen Meerpolitik im Ostseeraum muss wesentlicher Bestandteil der Ostseestrategie sein. Hamburg setzt sich für die Reduktion von Schadstoffeinträgen durch den Schiffsverkehr ein - etwa durch die Verbesserung der Treibstoffqualität, die Entwicklung gemeinsamer Umweltstandards (z.B. umweltbezogene Hafengebühren, Landstromkonzept etc.) und das Engagement in der „Expert Group on Environmental Crime in the Baltic Sea Region“. Bei der Reduktion von Schiffsemissionen auf See und in den Häfen ist die Ostsee bereits Vorreiter. Mit einer durchschnittlichen Wassertiefe von 55 m ist die Ostsee besonders sensibel für Schadstoffeinträge aller Art. Daher sind alle Vorsorgemaßnahmen zur Bekämpfung von unfallbedingten Schadstoffeinträgen länderübergreifend zu unterstützen.

Der Ostseeraum sollte innerhalb Europas zu einer maritimen Modellregion ausgebaut werden, in der erfolgreiche maritime Wirtschaft und nachhaltiger Schutz mariner Ökosysteme miteinander vereinbar sind. Dafür bietet der Ostseeraum schon jetzt gute Voraussetzungen. Die EU-Ostseestrategie sollte Maßnahmen beinhalten, um die Zusammenarbeit beim Zivil- und Katastrophenschutz, bei der Bekämpfung von Verschmutzung durch den Seeverkehr, beim Transport von Rohöl sowie beim Eintrag von Schadstoffen insbesondere aus der Landwirtschaft zu verbessern. Schließlich müssen zusätzliche Anstrengungen zur Entschärfung und Räumung von Kriegsmunition unternommen werden. Bei der Entwicklung nationaler Meerestrategien sollten sich die Staaten des Ostseeraums untereinander abstimmen.

4. Klimaschutz und Energieversorgung

Die Ostseeregion verfügt über ein hohes Potential zur Verwirklichung des Klimaschutzes und zur Verbesserung der Energieversorgung. Leitungsnetze verbinden die Ostseeanrainer mit den Öl- und Gasvorkommen in Russland und der Nordsee. Zugleich ist der Ostseeraum als

Küstenregion in besonderer Weise vom Klimawandel betroffen. Die Ostseeanrainerstaaten verfolgen unterschiedliche Konzepte zur Erhöhung der Energieeffizienz, beim Einsatz innovativer Energiequellen und bei der Festlegung des Energieerzeugungsmixes (Grund- und Spitzenlast).

Es muss das Ziel der EU-Ostseestrategie sein, eine gemeinsame Energiepolitik im Ostseeraum zu entwickeln, den CO₂-Ausstoß zu reduzieren, die Energieversorgung zu diversifizieren und die Importabhängigkeit zu verringern. Die Ostseeregion bietet hierfür günstige Voraussetzungen. Mit dem bereits abgeschlossenen Projekt „Climate Change in the Baltic Sea Region (BACC)“ verfügen die Ostseeanrainer bereits über eine hervorragende Datengrundlage zur Einschätzung künftiger Handlungsbedarfe auf Grund des Klimawandels. Hieraus sollten auch gemeinsame Anpassungsstrategien entwickelt werden. Bereits bestehende Projekte und Modellversuche wie etwa zur „Handwerklichen Aus- und Weiterbildung für Nachhaltigkeit – HaBiNa“ am Beispiel von Energieeffizienz im Gebäudebestand sollten fortgesetzt und weiterentwickelt werden. Weiter verfügt die Ostseeregion über ein hohes technologisches Potential zur Entwicklung und zum Betrieb modernster Energieerzeugungsanlagen sowie ein breites Spektrum an alternativen Energieträgern wie Wind, Wasser und Biomasse. Die norddeutsche Küstenregion kann hier im Bereich der Offshore-Windenergie einen wichtigen Beitrag leisten. Anzustreben ist eine Verstetigung dieser Energieformen und die Entwicklung von Speichertechnologien. Die Energiesicherheit muss durch den Ausbau des Energieaustauschs zwischen den Ostseeanrainern erhöht werden, um langfristig ein größeres Gleichgewicht zwischen Liefer-, Transit- und Abnehmerländern herzustellen. Dies bedingt auch, insbesondere beim verstärkten Einsatz alternativer Energieträger, den Ausbau der Leitungsnetze, damit auf Leistungsschwankungen in den Netzen flexibel reagiert werden kann. Weiter sollte die EU-Ostseestrategie Instrumente schaffen, mit denen die verschiedenen Maßnahmen zum Klimaschutz besser koordiniert werden können.

5. Bildung, Forschung, Innovation

Bildung, Forschung und Innovation sind der Schlüssel für den Aufbau einer wissensbasierten Ökonomie im Ostseeraum. Die Region verfügt schon jetzt über eine Reihe von Universitäten und Forschungseinrichtungen mit Spitzen-Niveau. Gemeinsam mit seinen Partnern setzt Hamburg sich dafür ein, die Ostseeregion zu einem führenden europäischen Forschungsstandort auszubauen. So beteiligt sich Hamburg beispielsweise am Projekt Euro-Faculty des Ostseerates zum Aufbau einer wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät in Pskov (Russland).

Das Potential des Ostseeraums soll genutzt werden, um in der Region eine Wissenschafts- und Forschungsinfrastruktur von Weltrang aufzubauen. Aus Hamburger Sicht ist die wissenschaftliche Zusammenarbeit bei Themen wie Transport und Logistik, Meerespolitik, Klimaschutz und Energiesicherheit, Nano- und Biotechnologie, internationaler Handel oder öffent-

liche Gesundheit und Schifffahrtsmedizin von besonderem Interesse. Besondere Förderung und bessere Koordinierung sollten Projekte erfahren, die zur Bildung von Exzellenz-Clustern im Ostseeraum beitragen. Ein weiterer Schwerpunkt der EU-Ostseestrategie sollte auf dem Aufbau von Innovationsnetzwerken zur Förderung von Produkt- und Prozessinnovationen in der mittelständischen Wirtschaft des Ostseeraums liegen. Hierzu gehört auch die Zusammenarbeit im Medienbereich (New TV, Digitalisierung der Filmwirtschaft, Games). Schließlich sollte die EU-Ostseestrategie die Förderung spezifischer Austauschprogramme für Studierende, Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler sowie für Schülerinnen und Schüler, aber auch Auszubildende umfassen. Im Bereich der beruflichen Qualifizierung und Weiterbildung kommt dabei der Einordnung der vermittelten Qualifikationen in den Europäischen Qualifikationsrahmen (EQR) und der Vergabe von europaweit geltenden Leistungspunkten im Rahmen des Europäischen Creditpunkte-Systems für berufliche Aus- und Weiterbildung ECVET (European Credit System for Vocational Education and Training) besondere Bedeutung zu, wie das Hamburger Beispiel der Qualifizierung zum Hanselogistiker im Fortbildungszentrum Hafen/MA-CO zeigt.

Der Ostseeraum bietet schließlich ein wichtiges Lernfeld, um die Europakompetenz von Jugendlichen zu stärken. Die EU-Ostseestrategie sollte daher die Jugendpolitik fördern und insbesondere Themen wie Jugendpartizipation, Zusammenarbeit der Regionen, Verbesserung von Jugendaustausch und Jugendmobilität, Integration benachteiligter Jugendlicher sowie die Förderung der Jugendpolitik als Querschnittsthema in andere Politikfelder umfassen. Das EU-Programm "Youth in Action" sollte im Ostseeraum verstärkt eingesetzt werden, um jungen Menschen vom Zusammenwachsen der Ostseeanrainerstaaten profitieren zu lassen und die Chancen und Möglichkeiten grenzübergreifender Aktivitäten zu nutzen.

6. Förderung der Regionalen Kooperation

Am Ende der Entwicklung der EU-Ostseestrategie muss ein regionales Konzept für eine engere Kooperation im Ostseeraum stehen. Besondere Bedeutung kommt dabei der zielführenden Bereitstellung von EU-Fördermitteln zur Finanzierung dieses Konzepts zu. Hamburg hat bereits in der letzten Förderperiode des INTERREG III-B-Programms positive Erfahrungen sammeln können und wird sich daher auch im Rahmen des Baltic Sea Region Development Programme an verschiedenen Projekten im Ostseeraum zu strategischen Themen aktiv beteiligen.

Zur Umsetzung der EU-Ostseestrategie sollten zum einen EU-Fördermittel im Rahmen des EFRE-Fonds bereitgestellt werden. Zum anderen sollte sich die EU-Ostseestrategie damit befassen, wie über die Förderung mit EFRE-Mitteln hinaus weitere EU-Förderprogramme zur Verwirklichung von Projekten im Ostseeraum herangezogen werden können. Dabei sollte insbesondere der Aufbau von Netzwerken zwischen den Metropolregionen im Ostseeraum

weiter intensiviert werden. Der Erfolg der EU-Ostseestrategie hängt maßgeblich davon ab, dass die nötigen Finanzmittel aus bestehenden EU-Förderungslinien zur Verfügung gestellt werden.

III. EU-Ostseestrategie – Partnerschaft mit Russland

Russland ist der einzige Ostseeanrainerstaat, der nicht Mitglied der EU oder der EFTA ist. Die wirkungsvolle Umsetzung der EU-Ostseestrategie ist jedoch maßgeblich von der Kooperationsbereitschaft Russlands abhängig. Aus Hamburger Sicht ist es von großem Interesse, insbesondere Nordwest-Russland in Kooperationen in den Bereichen Wirtschaft, Wissenschaft, Verkehr, Umwelt etc. einzubeziehen.

Russland sollte daher bereits über die Entwicklung der EU-Ostseestrategie informiert und in die Diskussion einbezogen werden. Darüber hinaus muss sich die EU-Ostseestrategie intensiv mit den Außenbeziehungen der EU zu Russland befassen und einen Beitrag zur Partnerschaft mit Russland und zu dem Konzept der Nördlichen Dimension leisten. Die erfolgreiche Zusammenarbeit mit Russland könnte auch ein Forum schaffen, dass die Behandlung kontroverser Fragen ermöglicht. Den Kooperationen könnte Modellcharakter für Kooperationen mit anderen russischen Regionen zukommen. Dem entsprechend sollten Mittel aus dem Europäischen Nachbarschafts- und Partnerschaftsinstrument (ENPI 2007-2013) für Projekte der EU-Ostseestrategie zur Verfügung stehen.

IV. EU-Ostseestrategie – bestehende Ostsee-Netzwerke nutzen

Seit dem Fall des eisernen Vorhangs ist eine Vielzahl von Netzwerken entstanden, die wichtige Beiträge zur Entwicklung des Ostseeraums geleistet haben. Die EU-Ostseestrategie darf nicht zum Aufbau von Parallelstrukturen zu diesen Netzwerken führen. Vielmehr sollte mit der EU-Ostseestrategie eine bessere Koordinierung der zahlreichen Netzwerke erreicht werden. Der Ostseerat hat sich als das transnationale Netzwerk des Ostseeraumes etabliert, das nach der Osterweiterung der EU eine tragende Rolle bei der Integration Russlands in gemeinsame Projekte übernommen hat. In dieser Funktion könnte im Rahmen des Ostseerats ein Mechanismus zur Einbindung Russlands in die EU-Ostseestrategie entwickelt werden. Auf regionaler Ebene kommt insbesondere der Baltic Sea States Subregional Cooperation (BSSSC), aber auch dem Baltic Development Forum (BDF), dem Baltic Sea Forum (BSF) und der Baltic Sea Chambers of Commerce Association (BCCA) besondere Bedeutung zu. Diese Netzwerke können einen wichtigen Beitrag zur EU-Ostseestrategie leisten.

Zugleich bietet die Entwicklung der EU-Ostseestrategie für die bestehenden Netzwerke die große Chance, ihr eigenes Profil zu schärfen, ihre Aufgaben genauer zu bestimmen und ihre Tätigkeit besser aufeinander abzustimmen. Auf der Grundlage der engen Zusammenarbeit mit den Ländern Schleswig-Holstein und Mecklenburg-Vorpommern und im Austausch mit dem Bund wird sich Hamburg in diesen Netzwerken für die EU-Ostseestrategie engagieren.

V. Europäische Ostsee-Kooperation – Impulse für Mittelmeer und Schwarzes Meer

Die Ostsee-Kooperation hat entscheidend dazu beigetragen, die Zusammenarbeit von EU-Mitgliedstaaten im Ostseeraum, den Beitritt von Ostseeanrainerstaaten in die EU und die Entwicklung der Partnerschaft mit Russland positiv zu gestalten. Hierzu wurden unterschiedliche Instrumente entwickelt, die in verschiedenen Politikfeldern eine enge Zusammenarbeit von Staaten und Gebietskörperschaften, aber auch von engagierten Bürgern und Akteuren der Zivilgesellschaft ermöglichen. Die EU-Ostseestrategie sollte dem Modellcharakter dieser Instrumente Rechnung tragen. Die Kooperation im Ostseeraum sollte daher auch nicht aufgrund von neuen Initiativen am Mittelmeer oder am Schwarzen Meer vernachlässigt werden. Auch wenn sich die Situation am Mittelmeer und am Schwarzen Meer aufgrund der politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Voraussetzungen von der Situation im Ostseeraum unterscheidet, können von einer Analyse der Instrumente für die Ostsee-Kooperation wertvolle Impulse für den Aufbau ähnlicher Instrumente ausgehen.